

KURZ & BÜNDIG

MIT DR. GESINE LÖTZSCH



ATOMLOBBY

Wolfgang Schäuble ist Volljurist, seit 1972 im Deutschen Bundestag und seit 2009 Bundesfinanzminister und damit auch für Steuern zuständig. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat ihm mit einem spektakulären Urteil mitgeteilt, dass er nicht weiß, was eine Verbrauchssteuer ist. Das Kernbrennstoffsteuergesetz verstößt gegen das Grundgesetz. Das ist für ihn sehr bitter. Doch für die



Steuerzahler ist es bitterer, denn die Finanzämter müssen den Stromkonzernen jetzt 6,3 Mrd. Euro zurückzahlen. 2016 wurde das Gesetz zur Neuordnung der Atommüllentsorgung mit Stimmen der Regierungsfractionen und der Grünen gegen die Stimmen der Linksfraction verabschiedet. Mit dem Gesetz wurden die Atomkonzerne gegen eine eher geringe Einmalzahlung von der weiteren Verantwortung für die Atommüllkosten

Kernbrennstoffsteuer

Die Konzerne mussten von 2011 bis 2016 für alle Brennelemente, die neu zum Einsatz kamen, 145 Euro Steuern pro Gramm bezahlen. Die Einnahmen aus der Steuer hatte die Bundesregierung auf jährlich 2,3 Mrd. Euro geschätzt. Tatsächlich konnten diese erwarteten Einnahmen nicht erzielt werden.

Dr. Gesine Löttsch
MdB, DIE LINKE
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030/227 717 87

„Da sich die Kernbrennstoffsteuer nicht dem Typus der Verbrauchsteuer im Sinne des Art. 106 GG zuordnen lässt, fehlte dem Bundesgesetzgeber die Gesetzgebungskompetenz. Das Kernbrennstoffsteuergesetz vom 8. Dezember 2010 ist [...] nichtig.“
(Aus dem Urteil des BVerfG)

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ERREICHBAR

vollständig befreit. Die Atommülllagerung wurde komplett verstaatlicht. Die Kosten-Risiken wurden mit dem Gesetz ganz auf die Steuerzahler übertragen. Von den zu zahlenden maximal 24 Milliarden Euro bekommen die Atomkonzerne nach dem Urteil des BVerfG nun auch noch mehr als ein Viertel zurück-erstattet. Dieses Milliarden Geschenk an die Stromkonzerne war nicht mit der Forderung nach Rücknahme ihrer Klage gegen die Kernbrennstoffsteuer verbunden. So sind die Stromkonzerne den Atommüll los und bekommen noch zusätzlich ein Geldgeschenk über 6,3 Mrd. Euro.

Ich habe eine böse Ahnung: Hat der Finanzminister ein Gesetz auf den Weg gebracht, in dem Wissen, dass es gegen die Verfassung verstößt? Diese Ahnung ist nicht aus der Luft gegriffen. Die Atomlobby hatte die Laufzeitverlängerung im Kanzleramt intensiv verhandelt. Die Kernbrennstoffsteuer sollte den Deal für die Regierung attraktiv machen. Jetzt stellt sich heraus, es war ein faules Ei. Wer übernimmt die Verantwortung für dieses Desaster? Bisher keiner.

Preisfrage

Wird der Bundesfinanzminister persönliche Konsequenzen aus dem Urteil des BVerfG ziehen und als Minister zurücktreten?

Ja Nein

Die richtige Antwort bitte per E-Mail an gesine.loetzsch@bundestag.de
oder postalisch an: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Zu gewinnen gibt es eine Digitalkamera **Einsendeschluss:** 24.09.2017